

**Rede
des stellv. Fraktionsvorsitzenden und Sprechers für
Atompolitik**

Marcus Bosse, MdL

zu TOP Nr. 12

Abschließende Beratung
**Standortsuche eines Endlagers für hoch radioaktive
Abfälle - die Rolle Niedersachsens im
Auswahlverfahren**

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - Drs. 18/7359

während der Plenarsitzung vom 26.01.2022
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Präsident. - Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zunächst herzlichen Dank an alle Fraktionen, dass es zu diesem gemeinsamen Entschließungsantrag gekommen ist, an dem wir im Übrigen recht lange gefeilt und bei dem wir durchaus auch nachjustiert haben.

Liebe Kollegin Laura Hopmann, was Sie gesagt haben, ist alles richtig. Nur eine ganz kleine Korrektur:

Sie haben gesagt, Niedersachsen habe Erfahrungen in Sachen Endlager. Das ist nicht ganz richtig. Wir haben Erfahrungen mit Endlagern gemacht, aber Erfahrung haben wir nicht; denn weder bei der Asse noch beim Schacht Konrad noch bei Gorleben hat uns je einer gefragt, ob es ein Endlager werden soll. Die Asse ist eingeräumt worden und wird wieder ausgeräumt. Konrad ist ein leeres Bergwerk und soll eingeräumt werden. Gorleben ist ein neu geschaffenes Bergwerk, das nun wieder verfüllt wird, was gut und richtig ist.

Letzten Endes ist es auch gut und vernünftig, dass es zu dem Standortauswahlverfahren gekommen ist. Endlich ist ein Verfahren gefunden worden, um alle gesellschaftlichen Bereiche zusammenzuführen und den bestmöglichen Standort zu finden. Hierbei geht es um nichts anderes, als für 17.000 t Brennelemente, hoch radioaktiven Müll, einen Standort zu finden. Er wird in der Bundesrepublik Deutschland liegen, vielleicht in Niedersachsen. Auf alle Fälle wird sich Niedersachsen an der Stelle nicht wegducken.

Das Verfahren soll 2031 abgeschlossen sein. Dann soll der Standort feststehen. Im Jahr 2050 soll mit dem Einlagern begonnen und am Ende dieses bzw. Beginn des darauffolgenden Jahrhunderts soll tatsächlich die letzte Kokille eingelagert werden.

Es ist auch gut und vernünftig - das findet sich im Antrag wieder, und auch das tun nicht alle Bundesländer -, dass es in Niedersachsen eine breite Beteiligung der Öffentlichkeit gibt, dass Bürgerinitiativen und Kommunen unterstützt werden. Wir haben das über die politische Liste noch einmal mit 500.000 Euro hinterlegt. Somit werden die Interessen der Bürgerinnen und Bürger Niedersachsens ausreichend vertreten.

Ganz kurz noch ein Wort zu den nicht Konrad-gängigen Abfällen. Sie dürfen meiner Meinung nach auch nicht aus den Augen verloren werden.

Das findet sich im letzten Punkt wieder. Darin geht es um die sogenannten Asse-Abfälle. Hierfür müssen spezifische Auswahlkriterien gefunden werden, und hieran muss auch der Bund früh genug erinnert werden.

Nochmals herzlichen Dank. Ich denke, Niedersachsen verweigert sich nicht der Verantwortung. Dies bestärken wir auch mit diesem gemeinsamen Antrag.

Herzlichen Dank.